

NEUSTART FÜR SCHWALBACH

Koalitionsvereinbarung zwischen CDU
und BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN über
die Zusammenarbeit in der XX.
Wahlperiode 2026 – 2031

21. AUGUST 2026

Inhalt

Präambel	2
Haushalt, Finanzen und Wirtschaftsförderung	2
Solide Finanzen und generationengerechtes Handeln	2
Investitionen mit Priorität und Augenmaß	3
Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze sichern	4
Gewerbesteuerbasis sichern und weiterentwickeln	4
Kinder und Jugendliche.....	5
Familie und Kultur.....	6
Senioren	7
Vereine, Ehrenamt und Sportstätten	7
Integration	8
Infrastruktur nachhaltig entwickeln	8
Freiwillige Feuerwehr	9
Mobilität und Verkehr	10
Mobilität für alle	10
Öffentlicher Personennahverkehr	10
Fuß- und Radverkehr.....	10
Motorisierter Individualverkehr und Parken	11
Zukunftsfähige Mobilität.....	11
Fernwärme.....	12
Umwelt, Natur & Klimaschutz	13
Klimakommune Schwalbach	14
Bauen & Wohnen	15
Polizei, Sicherheit und Daseinsvorsorge	16
Sicherheit und Ordnung	16
Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Prävention	16
Digitalisierung und moderne Verwaltung	17
Transparenz und Bürgerbeteiligung.....	18
Zusammenarbeit in der Koalition	18

Präambel

Die Schwalbacher Bürgerinnen und Bürger haben bei der Kommunalwahl am 15. März 2026 für einen politischen Wechsel gestimmt. CDU und Bündnis 90/Die Grünen begreifen das Wahlergebnis als Auftrag und Aufforderung, die Herausforderungen dieser Zeit anzunehmen, die jeweiligen Stärken und Ziele zu bündeln und gemeinsam Verantwortung für die Stadt Schwalbach zu übernehmen.

In konstruktiven Gesprächen haben wir uns auf die Bildung einer Koalition verständigt. Wir sind überzeugt, dass dieser Weg der richtige ist und eine große Chance für die Stadt Schwalbach, ihre Menschen und die ansässigen Unternehmen sein kann.

Trotz unterschiedlicher politischer Ansätze bei einzelnen Themen gibt es einen breiten Konsens und eine gemeinsame Grundlage für eine zukunftsweisende Politik, auch über diese Wahlperiode hinaus.

Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger werden wir die Zukunft unserer Stadt gemeinsam, lösungsorientiert und verantwortungsbewusst gestalten. Unsere Entscheidungen sollen transparent, nachvollziehbar und langfristig tragbar sein.

Der Koalitionsvertrag baut auf Entscheidungen der letzten Jahre auf, setzt darüber hinaus aber auch neue Ziele und Akzente. Wir wollen die Aufgaben gemeinsam annehmen und Schritt für Schritt zum Wohle der Menschen in unserer Stadt umsetzen. Hierzu möchten wir ausdrücklich alle Stadtverordneten zu einer konstruktiven Zusammenarbeit einladen.

Haushalt, Finanzen und Wirtschaftsförderung

Solide Finanzen und generationengerechtes Handeln

Die Koalitionspartner bekennen sich zu einer verantwortungsvollen, nachhaltigen und generationengerechten Finanz- und Haushaltspolitik. Ziel ist die dauerhafte Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Schwalbach am Taunus. Eine zentrale Aufgabe dieser Wahlperiode wird es sein, die finanzielle Situation der Stadt zu stabilisieren und zu verbessern.

Mittelfristig streben beide Koalitionspartner einen ausgeglichenen Haushalt an. Hierzu sollen laufende Ausgaben regelmäßig auf ihre Notwendigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Einsparpotenziale, u.a. durch die kommunale Zusammenarbeit, sollen identifiziert und genutzt werden, ohne die Qualität kommunaler Leistungen unverhältnismäßig zu beeinträchtigen.

Die Koalitionspartner bekennen sich zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den verfügbaren Finanzmitteln der Stadt. Ziel ist es, die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt nachhaltig zu sichern, Handlungsspielräume für zukünftige Generationen zu bewahren und eine übermäßige Belastung künftiger Haushalte zu vermeiden.

Alle wesentlichen Vorhaben und Projekte sollen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit, Erforderlichkeit und Finanzierbarkeit überprüft werden. Vor der Einführung dauerhafter finanzieller Verpflichtungen sind die Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt und die mittelfristige Finanzplanung darzulegen.

Steuererhöhungen und Kreditaufnahmen sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Sie kommen nur dann in Betracht, wenn andere Konsolidierungsmaßnahmen nicht ausreichen, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist und die dauerhafte Sicherung der kommunalen Leistungsfähigkeit dies erfordert. Abgaben und Gebühren sollen nur dann angepasst werden, wenn dies zur besseren Deckung der Kosten oder zum Erhalt von Leistungen erforderlich ist.

Investitionen mit Priorität und Augenmaß

Die Koalitionspartner bekennen sich zu notwendigen Zukunftsinvestitionen. Investitionen müssen finanzierbar, wirtschaftlich vertretbar und langfristig tragbar sein.

Dabei stehen insbesondere folgende Bereiche gesamtheitlich im Vordergrund:

- Kinder- und Jugendbetreuung und Bildung,
- Erhalt und Modernisierung der städtischen Infrastruktur,
- Klimafolgenanpassung, Klimaschutz und Energieeffizienz
- Digitalisierung,
- Wohnungsbau und Stadtentwicklung,
- Sicherheit, Katastrophenschutz und Daseinsvorsorge.

Investitionsentscheidungen sollen neben den Herstellungskosten auch die langfristigen Betriebs-, Unterhaltungs- und Folgekosten berücksichtigen. Förderprogramme von Bund, Land und der Europäischen Union sollen sinnvoll genutzt werden. Die Stadt soll sich aktiv um Fördermittel bemühen, um notwendige Investitionen zu unterstützen und den städtischen Haushalt zu entlasten.

Den Schwalbacher Anteil am Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes wollen wir nutzen, um vorrangig in die Digitalisierung der Verwaltung, die energetische Gebäudemodernisierung, Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften, den Einsatz von Batteriespeichern, Hitzeschutzmaßnahmen in

Kindertagesstätten, Zisternen und Regenwassermanagement, Fassaden- und Dachbegrünung, Radwege oder die Elektrifizierung des städtischen Fuhrparks zu investieren.

Wirtschaft stärken – Arbeitsplätze sichern

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand, Arbeitsplätze, kommunale Einnahmen und die Zukunftsfähigkeit Schwalbachs.

Die Koalitionspartner bekennen sich daher zu einer aktiven und modernen Wirtschaftsförderung für große und kleine Unternehmen. In Schwalbach angesiedelte Unternehmen sollen am Standort gehalten und bei ihrer Entwicklung vor Ort unterstützt werden. Zudem sollen Neuansiedlungen in Branchen mit hoher Wertschöpfung gefördert und Leerstände in Gewerbe- und Gaststättenbetrieben vermieden werden.

Deshalb unterstützen die Koalitionspartner den regelmäßigen Dialog mit Unternehmen, Gewerbetreibenden, Handwerk, Dienstleistungsunternehmen und Gewerbevereinen und wollen diesen ausbauen. Ein „Runder Tisch Wirtschaft“, der Verwaltung und Wirtschaft zusammenbringt, soll gemeinsam Lösungen und nachhaltige Perspektiven für die Zusammenarbeit mit lokalem Handwerk und Handel entwickeln.

Die Koalitionspartner unterstützen Maßnahmen zur Fachkräftesicherung, zur Digitalisierung der Wirtschaft sowie zur Verbesserung der Standortqualität.

Verwaltungsverfahren sollen serviceorientiert, transparent und effizient ausgestaltet werden. Genehmigungs- und Abstimmungsprozesse sollen – unter Wahrung der rechtlichen Anforderungen – möglichst zügig bearbeitet werden.

Um den Wirtschaftsstandort Schwalbach zu stärken, soll das freiwerdende „Conti-Areal“ als Gewerbefläche gesichert werden, während die Areale „Kronberger Hang“ und „Camp Phönix“ als etablierte Gewerbestandorte erhalten und weiterentwickelt werden.

Gewerbesteuerbasis sichern und weiterentwickeln

Die Gewerbebesteuer bleibt die wichtigste eigene Einnahmequelle der Stadt Schwalbach am Taunus.

Mit einer aktiven Standortpolitik wollen die Koalitionspartner die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Standortes erhalten, neue Unternehmen zur Ansiedlung in

Schwalbach motivieren und Schwalbach wirtschaftlich breiter aufstellen sowie vorhandene Potenziale für zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen erschließen.

Aktive Standortpolitik bedeutet in der Praxis:

- Die Weiterentwicklung bestehender Gewerbestandorte.
- die Ansiedlung von neuen Unternehmen auf dem Conti-Gelände über die Wirtschaftsförderung aktiv unterstützen
- Die Aktivierung vorhandener Flächenpotenziale innerhalb bestehender Bebauungspläne.
- Eine höhere Auslastung des Kronberger Hanges und des Camp Phönix Gewerbeparks
- Unter den geltenden Rahmenbedingungen keine weiteren Rechenzentren im Stadtgebiet.
- Eine gute Zusammenarbeit mit dem Schwalbacher Gewerbeverein.
- Die Unterstützung von innovativen und nachhaltigen Unternehmen.
- Den lokalen Handel und das lokale Handwerk fördern sowie die regionale Wertschöpfungskette stärken.
- Die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung.
- Das Gewerbegebiet „Camp-Phönix-Park“ wird durch die Regionaltangente-West (RTW) ideal angebunden, deshalb werden wir uns aktiv um die Benennung der RTW-Haltestelle als „Camp-Phönix-Park“ bemühen.

Kinder und Jugendliche

Unsere Krippen und Kindergärten legen das Fundament für eine erfolgreiche Bildungsbiografie unserer Kinder und ermöglichen Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unser oberstes Ziel ist es, Qualität, Verlässlichkeit und Chancengleichheit dauerhaft zu sichern und für Schwalbacher Familien ausreichend Krippen- und Kitaplätze zur Verfügung zu stellen.

Als einen wichtigen Schritt dahin wollen wir die zentrale digitale Platzvergabe für U3- und Ü3-Kinder einführen und die regelmäßige jährliche Fortschreibung des Kindertagesstätten-Entwicklungsplans fortführen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf dem Ausbau von Krippenplätzen und der Förderung der Tagespflege, mit dem Ziel, dass jedes Kind einen bedarfsgerechten Betreuungsplatz erhalten kann.

Wir stehen zur Finanzierungszusage für den Neubau der Kita St. Pankratius, der durch den Bauherrn Bistum Limburg möglichst rasch fertiggestellt werden soll.

Wir setzen uns dafür ein, die Aufenthaltsqualität in Kindertagesstätten auch bei sommerlicher Hitze zu verbessern. Hierzu sollen wirksame und nachhaltige

Maßnahmen des passiven Hitzeschutzes wie Verschattung, Sonnenschutz, Begrünung, natürliche Lüftungsmöglichkeiten sowie gegebenenfalls weitere bauliche Maßnahmen wie Klimaanlage und organisatorische Anpassungen geprüft und umgesetzt werden.

Darüber hinaus soll Schwalbach für Kinder und Jugendliche noch attraktiver werden. Im direkten Dialog mit den Zielgruppen wollen wir bestehende Freizeitmöglichkeiten und Rückzugsräume optimieren oder erweitern. Zudem wollen wir die Bekanntheit der öffentlichen Sportmöglichkeiten fördern und Kinder und Jugendliche über das Konzept „Schwalbach bewegt sich“ gezielt in sportliche Aktivitäten einbinden. Das Jugendzentrum im Atrium wollen wir erhalten.

Kinder sollen frühzeitig an eine eigenständige Mobilität herangeführt werden und ihre Schulwege möglichst selbständig bestreiten. Wir wollen die Kinder darin unterstützen und die Sicherheit der Schulwege verbessern.

Auch in Zukunft wollen wir den Schulen Unterstützung in sozialen Angelegenheiten ermöglichen und den städtischen Zuschuss zur Schulsozialarbeit an den lokalen Schulen beibehalten.

Familie und Kultur

Familien bilden das Herzstück unserer Gesellschaft, und wir setzen uns dafür ein, die Familienfreundlichkeit auch künftig zu bewahren und systematisch auszubauen. Hierzu zählen neben sicheren, begrünten und modernen Spielplätzen auch der Einsatz für die Aufrechterhaltung unkomplizierter, ortsnaher Beratungsangebote und Begegnungsstätten für den Eltern-Austausch. Die Familienberatung im Atrium soll es weiterhin geben. Die Stadtbücherei ist ein essenzieller Bildungsort, lebendiger Familientreffpunkt und kreativer Veranstaltungsraum, dessen Angebot in vollem Umfang erhalten bleiben soll.

Es ist uns ein besonderes Anliegen städtische Feste wie das interkulturelle Marktplatzfest, die Sommertreffs, das Altstadtfest und den Weihnachtsmarkt zu erhalten und zu fördern sowie das vielfältige Angebot der Kulturkreis GmbH abzusichern. Das bürgerliche Engagement in der Kulturarbeit, in den Arbeitskreisen sowie in der Bürgerkulturstiftung Schwalbach unterstützen wir. Damit Kultur von Theater bis Konzert für alle zugänglich bleibt, wollen wir neue Wege gehen: Wir prüfen interkommunale Kooperationen und setzen verstärkt auf die Akquise von Fördermitteln von Kreis, Bund, Ländern und Stiftungen.

Senioren

Rund ein Fünftel der Schwalbacher Bevölkerung ist über 65 Jahre alt – zahlreiche von ihnen bringen sich aktiv in unseren Vereinen und Kirchengemeinden ein. Um unseren Senioren eine möglichst lange Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen, setzen wir auf wohnortnahe Kulturangebote und soziale Dienste sowie auf eine barrierefreie Infrastruktur. Dazu wollen wir, dass Beratungs-, Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote für pflegende Angehörige erhalten bleiben oder ausgebaut werden.

Wir wollen die Angebote von Kirchen und Vereinen erhalten und besser bekannt machen sowie älteren Menschen durch die Teilnahme am Projekt „Digital im Alter – Di@-Lotsen“ helfen, sich in der digitalen Welt zurechtzufinden. Darüber hinaus setzen wir auf proaktive Beratungsangebote wie die aufsuchende Seniorenarbeit und streben eine Ausweitung dieser Angebote an. Auch beliebte Seniorenfahrten und -veranstaltungen werden weiterhin unterstützt.

Die Mobilität im Alltag stellen wir durch den ÖPNV und SCHWALBACHMobil sicher. Um das Sicherheitsgefühl zu stärken – auch in den Abendstunden – setzen wir uns für verstärkte Polizeistreifen und eine Überprüfung und Optimierung der LED- Beleuchtung von Straßen und Gehwegen ein.

Weil in Schwalbach altersgerechter Wohnraum fehlt, setzen wir uns dafür ein, dass bei größeren Bauvorhaben ein angemessener Anteil an bezahlbaren, barrierefreien Wohnungen berücksichtigt wird. Außerdem wollen wir die Umsetzung von modernen Wohnkonzepten wie Pflegegemeinschaften mit ambulanter Versorgung sowie das generationsübergreifende Wohnen von Senioren und jungen Familien unterstützen.

Vereine, Ehrenamt und Sportstätten

Das ehrenamtliche Engagement in Schwalbach ist das Rückgrat unserer Gesellschaft. Die Schwalbacher Vereinslandschaft ist besonders vielfältig, sie sichert den sozialen Zusammenhalt und soll weiter unterstützt werden. Um Vereine praxisnah bei Datenschutzfragen, Richtlinien oder der Beantragung von Fördermitteln zu beraten wollen wir die verlässliche Anlaufstelle des/der Ehrenamtsbeauftragten im Rathaus erhalten.

Neben dieser organisatorischen Hilfe stehen wir für eine verlässliche Vereinsförderung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt. Ein weiteres zentrales Anliegen ist uns die Völkerverständigung: Gerade in der heutigen Zeit setzen wir uns entschlossen für die Stärkung unserer Städtepartnerschaften mit Avrillé, Olkusz und Yarm ein und wollen den wertvollen Bürger- und Kulturaustausch sichern und aktiv ausbauen.

Wir wollen unsere Sportstätten in gutem Zustand erhalten und in Zusammenarbeit mit unseren Sportvereinen bedarfsgerecht weiterentwickeln. Für das Limes-Stadion streben wir eine schnellstmögliche Wiederaufnahme des vollen Sport- und Schulbetriebs an.

Das generationsübergreifende Sportkonzept „Schwalbach bewegt sich“ wurde ins Leben gerufen, um bestehende Angebote zu stärken und Lücken zu schließen. Wir wollen diese wichtige integrative Arbeit in den Vereinen weiter unterstützen.

Das beliebte Naturbad ist im Sommer ein zentraler Treffpunkt, den wir als Ort der Erholung und zum essenziellen Erlernen des Schwimmens dauerhaft erhalten wollen.

Integration

Schwalbach ist eine lebendige Stadt. Menschen aus über 100 verschiedenen Nationen fühlen sich hier zuhause und führen bei uns ein tolerantes Miteinander.

Wir wollen die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten auch in Zukunft tatkräftig unterstützen.

Eine dauerhafte und erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft und in die Berufswelt ist nur denen möglich, die unsere Sprache sprechen. Daher wollen wir auch in Zukunft die Deutschkurse der Flüchtlingshilfe unterstützen und Eltern die Teilnahme an Deutschkursen ermöglichen. Hier liegt unser Augenmerk künftig auf der optimalen Nutzung von Fördermitteln für die Integrationsarbeit sowie der individuellen Förderung von Kindern durch gezielte Sprachprojekte wie die „Deutsch-Sommer-Tage“.

Neben bewährten Formaten des interkulturellen Austauschs wollen wir uns über die städtische Jugend- und Sozialarbeit verstärkt für niedrigschwellige Treffpunkte für junge Menschen und privates Engagement zur Verbesserung der Integration einsetzen. Einen wesentlichen Baustein für echte Chancengleichheit bilden zudem hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote.

Infrastruktur nachhaltig entwickeln

Die Koalitionspartner bekennen sich zu einer leistungsfähigen und zukunftsfähigen kommunalen Infrastruktur. Der Erhalt, die Modernisierung und eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur haben hohe Priorität.

Bei Investitionen sollen die Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit, Klimaanpassung und die finanziellen Möglichkeiten der Stadt berücksichtigt werden.

Von besonderer Bedeutung sind dabei die kommunalen Gebäude, die technische Infrastruktur, die digitale Vernetzung und die Sicherung einer leistungsfähigen Daseinsvorsorge. Die einzelnen Maßnahmen werden im Rahmen der jeweiligen Haushalts- und Investitionsplanungen priorisiert.

Freiwillige Feuerwehr

Die ehrenamtlichen Einsatzkräfte leisten einen wesentlichen Beitrag für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie für den Brand-, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz in unserer Stadt. Die Partner dieser Koalition schätzen die unverzichtbaren Arbeiten der Freiwilligen Feuerwehr Schwalbach am Taunus ausdrücklich.

Wir werden die Freiwillige Feuerwehr weiterhin verlässlich unterstützen, die notwendige Infrastruktur schaffen und die persönliche Schutzausrüstung, Einsatzmittel und Fahrzeuge bedarfsgerecht und entsprechend den technischen und gesetzlichen Vorgaben sowie den besonderen örtlichen Erfordernissen bereitstellen.

Gemeinsam mit der Feuerwehr werden wir auch künftig neue Wege zur Förderung und Gewinnung ehrenamtlicher Einsatzkräfte prüfen und aktiv unterstützen.

Die Evaluierung der personellen, organisatorischen und technischen Bedarfe der Feuerwehr soll kontinuierlich weitergeführt werden. Die Ergebnisse werden im Rahmen der Haushalts- und Stellenplanberatungen berücksichtigt.

Gemeinsam wollen wir den Neubau der Feuerwehr auf dem Bauhofgelände mit hoher Priorität vorantreiben und dabei die Belange der Anwohner und den Charakter des angrenzenden Naherholungsgebiets angemessen berücksichtigen. Ziel ist ein zukunftsfähiger Bau, der den Anforderungen einer leistungsfähigen Feuerwehr sowie den Bedürfnissen der ehrenamtlichen Einsatzkräfte und der Beschäftigten gerecht wird.

Die Feuerwehr wird in alle Planungsschritte eingebunden und die Stadtverordneten und die Öffentlichkeit werden regelmäßig über den Stand der Planung und im späteren Verlauf über den Baufortschritt informiert.

Mobilität und Verkehr

Mobilität für alle

Die Koalitionspartner verfolgen das Ziel einer sicheren, leistungsfähigen, bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger. Mobilität bedeutet für uns Wahlfreiheit, Teilhabe und Lebensqualität.

Schwalbach am Taunus soll eine Stadt sein, in der Fußgängerinnen und Fußgänger, Radfahrende, Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs und der motorisierte Individualverkehr gleichberechtigt berücksichtigt werden.

Bei allen Planungen stehen Verkehrssicherheit, Barrierefreiheit, Erreichbarkeit, Klimaanpassung und die Leistungsfähigkeit des Verkehrsnetzes gleichermaßen im Mittelpunkt. Die Priorisierung von Mobilitätsmaßnahmen erfolgt anhand ihrer Relevanz für Verkehrssicherheit, Erreichbarkeit, Wirtschaftlichkeit, Klimaanpassung und Finanzierbarkeit.

Öffentlicher Personennahverkehr

Die Koalitionspartner unterstützen die Regionaltangente West als bedeutendes Infrastrukturprojekt für Schwalbach und die gesamte Region.

Wir setzen uns gemeinsam mit den zuständigen Aufgabenträgern für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie eine gute Anbindung der Wohngebiete, Gewerbestandorte und öffentlichen Einrichtungen ein.

Fuß- und Radverkehr

Fuß- und Radverkehr sind wichtige Bestandteile einer modernen und sicheren Mobilität. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Verkehrssicherheit von Kindern, älteren Menschen sowie Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.

Die Koalitionspartner wollen bestehende Geh- und Radwege schrittweise verbessern, bestehende Lücken im Wegenetz schließen und die sichere Erreichbarkeit wichtiger Ziele innerhalb des Stadtgebietes fördern.

Die Radwegweisung soll eingerichtet, ausgebaut und die Barrierefreiheit der Gehwege konsequent verbessert werden.

Die Koalitionspartner unterstützen die Weiterentwicklung regionaler Radverkehrsverbindungen einschließlich einer besseren Anbindung an die RTW-Haltestelle Camp Phönix, das Gewerbegebiet Camp Phönix und die Obermayr-Schule, sofern entsprechende Bedarfe, insbesondere von Schwalbacher Gewerbetreibenden, Schwalbacher Schulen, Hessenforst oder mit Nachbarkommunen ermittelt werden.

Die Geh- und Radwegeverbindung zwischen dem Vogelviertel und den Einkaufsstellen an der Sulzbacher Straße soll verbessert werden. Hierzu werden die bereits beschlossenen Maßnahmen weiterverfolgt.

Der Lückenschluss der Geh- und Radwegeverbindung zwischen Schwalbach und Kronthal wird weiterverfolgt, sofern die rechtlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen vorliegen.

Motorisierter Individualverkehr und Parken

Der motorisierte Individualverkehr bleibt ein wesentlicher Bestandteil der Mobilität in Schwalbach.

Ausreichende Parkmöglichkeiten für Anwohnerinnen und Anwohner, Besucherinnen und Besucher sowie den lokalen Einzelhandel bleiben wichtig. Ob Anwohnerparken in geeigneten Bereichen eingeführt werden kann, soll geprüft werden.

Die Geschwindigkeitsregelungen sollen regelmäßig überprüft und insbesondere im Umfeld von Schulen, Kindertagesstätten und vergleichbaren sensiblen Einrichtungen an die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten angepasst werden.

Zukunftsfähige Mobilität

Die Koalitionspartner unterstützen den bedarfsgerechten Ausbau öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur gemeinsam mit privaten Betreibern und Netzbetreibern und das wohnungsnahe Laden auf öffentlichen Parkplätzen.

Initiativen zum Ausbau von Carsharing und Fahrradverleih-Angeboten werden begrüßt und im Rahmen der Möglichkeiten unterstützt.

Interkommunale Mobilitätsprojekte und der Ausbau von regionalen Radverkehrsverbindungen werden konstruktiv begleitet, wenn sie einen erkennbaren Mehrwert für Schwalbach bieten.

Fernwärme

Die Koalitionspartner treten ein für eine sichere und verbraucherfreundliche Fernwärmeversorgung mit fairen Fernwärmepreisen, für eine schnellstmögliche Dekarbonisierung der Fernwärmeerzeugung und für den Ausbau des Fernwärmenetzes. Deshalb setzen wir uns für die Einhaltung und zügige Umsetzung aller Maßnahmen aus der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt und Süwag ein, die ab 1.1.2028 in Kraft tritt. Die Spielräume im Kooperationsvertrag wollen wir im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger nutzen.

Die Abwärme aus dem Rechenzentrum von Noris Network Solutions, das am Kronberger Hang gebaut wird, soll möglichst schnell für die Fernwärmeerzeugung genutzt werden, da die höhere Abwärmetemperatur dieses Rechenzentrums im Vergleich zur Abwärmetemperatur des Maincubes-Rechenzentrums günstigere Fernwärme-Arbeitspreise ermöglicht. Aus diesem Grund wollen wir eine Ergänzung der Kooperationsvereinbarung sowie eine Anpassung der Arbeitspreisformel vereinbaren, in der die höhere Abwärmetemperatur aus dem Noris-Rechenzentrum angemessen berücksichtigt wird. Günstige Fernwärmepreise sind der Garant dafür, dass ein Anschlusszwang keine Bedeutung mehr hat und überflüssig wird. Im Falle einer Netzerweiterung nach Alt-Schwalbach soll schon kein Anschlusszwang mehr festgesetzt werden.

Preisänderungsklauseln müssen rechtskonform sein. Wir setzen uns dafür ein, dass ein positives Ergebnis der aktuellen Sammelklage des Bundesverbands der Verbrauchentralen gegen E.on über die Rechtmäßigkeit der aktuellen (und bis 31.12.2027 geltenden) Fernwärme-Arbeitspreisformel von der Süwag übernommen wird und zu einer Entschädigung für alle Schwalbacher Fernwärmekunden führt.

Wir machen uns dafür stark, dass die Stadt einen Sitz im Süwag Regionalbeirat ‚Rhein-Main-Taunus‘ erhält zur Wahrung der energiepolitischen Interessen der Stadt in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen dieser Region.

Wir treten ein für eine regelmäßige Kommunikation der Verwaltung an die Stadtverordnetenversammlung und Bürger zum Status der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung, insbesondere zu den Themen Dekarbonisierung, Netzausbau, zeitnahe Fernwärmeabrechnungen und Vollkostenvergleich zwischen Fernwärme und Wärmepumpe.

Wir wollen größtmögliche Transparenz über den vertraglichen Status sicherstellen. Süwag hat bereits zugesagt, den Transformationsplan Ende 2026 zu veröffentlichen. Wir sehen auf Seiten der Stadt keinen Hinderungsgrund hinsichtlich einer Veröffentlichung des Kooperationsvertrages und werden uns bei den Vertragspartnern für eine Veröffentlichung weiterer Teile dieses Vertrags einsetzen.

Zum Wohle der Fernwärmekunden setzen wir uns für die Stärkung und bessere Nutzung des Fernwärme-Kundenbeirats ein. Wir wollen, dass die Stadt in Gesprächen mit Süwag Änderungen der Beiratsgeschäftsordnung vereinbart, damit Sitzungen künftig und mit Einverständnis der Beiratsmitglieder öffentlich stattfinden können und Protokolle auf der Internetseite der Stadt dargestellt werden.

Umwelt, Natur & Klimaschutz

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sollen bei allen relevanten öffentlichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen angemessen berücksichtigt werden. Den Schwalbacher Grüngürtel wollen wir erhalten.

Der Überhitzung des Stadtgebiets wollen wir durch verschiedene Entsiegelungsmaßnahmen entgegenwirken. Dazu zählen eine naturnahe Gestaltung öffentlicher Räume, die Reduzierung von Schotterflächen sowie die Umsetzung der Gesetze zur Verhinderung neuer Schottergärten, die ökologische Aufwertung von Grünflächen und eine ansprechende Begrünung von Marktplatz und Limeszentrum.

Zudem soll eine Baumschutzsatzung beschlossen werden, die sich an den Satzungen anderer Gemeinden im MTK orientiert. Die Satzung über Einfriedungen soll auf Änderungsbedarf überprüft und um Regelungen zur Nutzung, Gestaltung und Bepflanzung von Grundstücksfreiflächen und die Begrünung neuer baulicher Anlagen ergänzt werden.

Den Regionalpark Rhein-Main, den Waldpark Arboretum, den Bannwald und das FFH-Gebiet wollen wir dauerhaft schützen. In Schwalbach sind dies die letzten verbliebenen Freiflächen und ein wertvoller Lebensraum für verschiedenste, zum Teil geschützte Tierarten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Wege und Rastplätze im Arboretum in gutem Zustand gehalten werden und dass der Stadtwald naturbelassen und wenig bewirtschaftet bleibt.

Bei der Optimierung der Straßen- und Wegebeleuchtung hat die Sicherheit im Innenstadtbereich Priorität. Parallel soll die für Wildtiere und Insekten problematische Lichtverschmutzung reduziert werden, beispielsweise durch Bewegungsmelder und insektenfreundliche Lichtfarben bei neuen Lampenköpfen. Die Beleuchtung im Außenbereich soll minimiert werden.

Die städtische Reinigungssatzung wollen wir so konkretisieren, dass wildwachsende Kräuter nur dann entfernt werden müssen, wenn sie Sicherheit oder Wegenutzung einschränken oder wenn sie die Straßen-/Wegebeläge schädigen.

Vor der nächsten Ausschreibung wollen wir das Leistungsniveau und die Kosten unseres Abfall- und Wertstoffmanagements überprüfen, um notwendige und bedarfsgerechte Anpassungen bei der Abfallentsorgung und Wertstoffverwertung vorzunehmen. Wir werden nach Wegen suchen, Verpackungsmüll und Einweggeschirr zu reduzieren.

Klimakommune Schwalbach

Laut Stadtverordnetenbeschluss soll Schwalbach bis 2045 CO₂-neutral sein. Auf Grundlage des noch fertigzustellenden städtischen Klimaschutzkonzepts, der kommunalen Wärmeplanung und des Schwammstadtkonzepts sollen die vorhandenen konzeptionellen Ansätze in praktikable Maßnahmen unter Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen umgesetzt werden.

Als Klimakommune wollen wir die verfügbaren Förderprogramme systematisch, zielgerichtet und wirtschaftlich prüfen und konsequent nutzen, um wichtige Klimaschutzmaßnahmen schnell und effizient umzusetzen. Insbesondere im Zuge von Straßensanierungen sollen nach Möglichkeit weitere Bäume gepflanzt, soll mindestens stärker begrünt und das Prinzip der Schwammstadt konsequent umgesetzt werden.

Klimaschutz und Klimafolgeanpassungen sollen als verbindliche Leitprinzipien bei allen wesentlichen städtischen Planungen und Bauprojekten sowie notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen berücksichtigt werden.

Die Installation weiterer PV-Anlagen auf städtischen Liegenschaften (z.B. dem Rat- und Bürgerhaus, dem Schwimmbad- und Tribünendach am Stadion), ein energieeffizientes Rat- und Bürgerhaus und der Einsatz von Fernwärme und Wärmepumpe in städtischen Gebäuden wollen wir unterstützen. Starkregen- und Hitzevorsorgekonzepte sollen die Klimaresilienz der Stadt nachhaltig stärken.

Schwalbach soll Fairtrade-Stadt bleiben und dieses Engagement ausbauen, indem bei der Beschaffung auf die Regionalität sowie die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards Wert gelegt wird.

Bauen & Wohnen

In Schwalbach am Taunus ist der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum groß. Trotz dichter Besiedlung setzen die Koalitionspartner auf eine maßvolle, innerstädtische Entwicklung. Um weitere Versiegelungen zu vermeiden, wird eine verträgliche, moderate Nachverdichtung im Bestand angestrebt.

Das Änderungsverfahren für den Bebauungsplan Flachsacker werden wir konstruktiv begleiten. Ziel ist dort auch bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum zu schaffen, der sich gut in die Umgebung einfügt. Dabei sollen verschiedene Möglichkeiten der Erschließung geprüft und eine sichere Geh- und Fahrradwegverbindung in der Planung berücksichtigt werden. Die Bebauungsplan-Änderung „Adolf-Damaschke-Straße“ wollen wir zügig abschließen.

Das Grundstück und das Wohngebäude „Am Erlenborn“ sollen im Eigentum der Stadt verbleiben. Um eine zukunftsorientierte Gesamtplanung sicherzustellen, bleibt die Fläche vorerst unbebaut. Über die künftige Verwendung der Fläche wird erst entschieden, nachdem der Bedarf der benachbarten Geschwister-Scholl-Schule zuverlässig geklärt wurde.

Städtische Gebäude müssen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten regelmäßig instandgehalten werden. Bei Sanierungen werden Aspekte des Klimaschutzes und Maßnahmen zur Klimaanpassung angemessen berücksichtigt. Beim Heizungstausch sollen emissionsfreie Heizungs- und Warmwasseraufbereitungsanlagen zum Einsatz kommen. Mieten werden auf ein faires Niveau angepasst.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Optionen prüft, um Beschäftigte in sozialen Berufen sowie ehrenamtliche Helfer im Rettungsdienst und in der Freiwilligen Feuerwehr bei der Wohnungssuche zu unterstützen.

Das Funktionsgebäude am Waldfriedhof muss dringend modernisiert werden. Wir wollen die Modernisierung unter Bedarfs- und Kostengesichtspunkten unter Einhaltung der Denkmalschutzvorschriften nachhaltig umsetzen.

Wir wollen die Altstadt durch die Verringerung von Leerständen gezielt aufwerten und das Parkdeck „Mutter Krauss“ für die Gaststätten und das Kleingewerbe in der Altstadt erhalten. Die Ziele des Altstadtrahmenplans sollen bei zukünftigen Bauprojekten angemessen berücksichtigt werden.

Die Koalitionspartner unterstützen einen sparsamen Umgang mit Trinkwasser und geeignete Maßnahmen der Stadt zur Verbesserung der Regenwassernutzung. Dafür soll eine städtische Informationskampagne durchgeführt werden und gezielte Beratung für

Bauherren zur Brauchwassernutzung vor der Einbringung von Bauanträgen etabliert werden. Auch die Nutzung von Regenwasser bei der städtischen Grünflächenbewässerung soll verstärkt werden.

Wir setzen uns ein für die Erstellung eines Stadtentwicklungsplans, sobald die finanzielle Lage der Stadt dies zulässt.

Polizei, Sicherheit und Daseinsvorsorge

Sicherheit und Ordnung

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat für die Koalitionspartner höchste Priorität. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Stadtverwaltung, Ordnungspolizei, Schulen, Vereinen und weiteren Akteuren soll fortgeführt und ausgebaut werden.

Die kommunale Präventionsarbeit sowie Maßnahmen zur Stärkung des Sicherheitsgefühls im öffentlichen Raum sollen weiterentwickelt werden. Dabei setzen wir auf eine ausgewogene Verbindung von Prävention, Präsenz und konsequenter Durchsetzung geltenden Rechts.

Die Stadtpolizei soll auch künftig ihren wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Ordnung in Schwalbach leisten. Deshalb wollen wir die Arbeit der Stadtpolizei durch bedarfsgerechte Fortbildung, zeitgemäße Ausstattung und moderne Arbeitsmittel unterstützen.

Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Prävention

Die Koalitionspartner wollen den Schutz der Bevölkerung und die Widerstandsfähigkeit der Stadt gegenüber Krisen, Großschadenslagen, Warnmeldungen des Deutschen Wetterdienstes und außergewöhnlichen Ereignissen weiter stärken.

Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden, Hilfsorganisationen, der Feuerwehr und weiteren Akteuren des Bevölkerungsschutzes soll kontinuierlich weiterentwickelt werden. Informationen und Handlungsempfehlungen für Bürgerinnen und Bürger im Not- oder Katastrophenfall sollen verständlich und in verschiedenen Sprachen auf der Homepage der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

Krisenvorsorge, Notfallplanung, Warnsysteme sowie Maßnahmen zum Schutz kritischer Infrastrukturen sollen regelmäßig überprüft und an neue Herausforderungen angepasst werden. Informations- und Vorsorgelücken sollen erkannt und geschlossen werden.

Prävention verstehen wir als gemeinsame Aufgabe von Stadtgesellschaft, Verwaltung, Schulen, Vereinen, Hilfsorganisationen und Sicherheitsbehörden. Im Rahmen des Projekts „Sicherheitsberater für Senioren“ soll die Ausbildung neuer Sicherheitsberater weiter unterstützt werden. Außerdem setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass das Projekt ausgeweitet wird, bspw. um Themen wie Taschendiebstahl und Internetbetrug.

Digitalisierung und moderne Verwaltung

Schwalbach will bis zum Jahr 2030 unter den führenden Kommunen des Main-Taunus-Kreises bei der Digitalisierung der Kommunalen Verwaltung sein. Synergieeffekte durch die Zusammenarbeit mit dem Main-Taunus-Kreis und anderen Kommunen sollen konsequent genutzt und weiterentwickelt werden, insbesondere durch Verwendung gleicher, standardisierter Lösungen.

Ziel ist eine bürgerfreundliche, leistungsfähige und effiziente Verwaltung, die Dienstleistungen möglichst einfach, transparent und zeitgemäß anbietet. Mit digitalen Antrags- und Verwaltungsverfahren soll die Kommunikation zwischen Stadt, Wirtschaft und Bürgerschaft modernisiert und weiter ausgebaut werden. Dabei sollen die gesetzlichen Anforderungen an Datenschutz und Informationssicherheit ebenso berücksichtigt werden wie die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Beschäftigten.

Diese Ausweitung der Digitalisierung der Stadtverwaltung soll zur Entlastung der Beschäftigten beitragen sowie mittelfristig zu einem verbesserten Leistungsniveau in Kombination mit Effizienzgewinnen und Kosteneinsparungen führen. Barrieren für Menschen mit geringer Technikaffinität sollen dabei vermieden werden.

Die Umsetzung erfolgt schrittweise und unter Berücksichtigung der personellen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen.

Die Nutzung von Open-Source und europäischer Software und Cloud-Anbieter wird bevorzugt, soweit technisch, wirtschaftlich und rechtlich sinnvoll. Der Ausbau des Glasfasernetzes und moderne Mobilfunkstandards werden fortgesetzt.

Transparenz und Bürgerbeteiligung

Verwaltung und Politik sollen transparent, nachvollziehbar und bürgernah handeln. Bürgerinnen und Bürger sollen frühzeitig informiert und so eine Beteiligung ermöglicht werden.

Die Koalitionspartner bekennen sich zu den Grundsätzen des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes und einer transparenten Verwaltung.

Die Ergebnisse wichtiger Kommissionen sollen transparent kommuniziert werden.

Bei Maßnahmen von städtebaulicher oder gesellschaftlicher Bedeutung soll die Bürgerinformation und -beteiligung frühzeitig erfolgen. Soweit es fachlich möglich ist, soll ein fortlaufender Sanierungsplan für Straßen, mit einer Vorausschau von mindestens 5 Jahren, veröffentlicht werden.

Beiräte und Interessenvertretungen leisten einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Meinungsbildung und sollen frühzeitig beteiligt werden.

Die angestrebte Digitalisierung soll auch dazu genutzt werden, Informationen über kommunale Projekte, Planungen und Entscheidungen leichter zugänglich zu machen.

Zusammenarbeit in der Koalition

Die Koalitionspartner verstehen ihre Zusammenarbeit als verlässliche Partnerschaft und als gemeinsame Verantwortung zum Wohl und für die Menschen der Stadt Schwalbach am Taunus. Grundlage der Zusammenarbeit sind gegenseitiger Respekt, Transparenz, und eine frühzeitige Kommunikation.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen treffen für ihre Zusammenarbeit folgende Absprachen:

Die Koalitionspartner stimmen ihre Arbeit in der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen sowie sonstigen Gremien der Stadt und im Magistrat regelmäßig miteinander ab.

Die Zusammenarbeit der Fraktionen wird von den Fraktionsvorsitzenden koordiniert. Für die Zusammenarbeit wird ein Koalitionsausschuss eingerichtet, der die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und eigene Anträge vorbereitet.

Ihm gehören die Fraktionsvorsitzenden, Bürgermeister und Erste Stadträtin bzw. Erster Stadtrat und je eine weitere Vertretung der Koalitionspartner an.

Grundlage der Zusammenarbeit sind die gesetzlichen Zuständigkeiten des Bürgermeisters, insbesondere hinsichtlich der Verwaltungsorganisation, der Geschäftsverteilung, der Dezernatsbildung und der Dezernatszuständigkeiten. Die Koalitionspartner gehen davon aus, dass vor grundlegenden organisatorischen Veränderungen ein frühzeitiger Austausch innerhalb des Koalitionsausschusses erfolgt.

In der Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain wird die Stadt Schwalbach durch den Bürgermeister vertreten. Das Vorschlagsrecht für die erste Stellvertretung liegt bei Bündnis 90/Die Grünen, die Koalition unterstützt die Bewerbungen gemeinsam.

Die derzeit vakante Position der Ersten Stadträtin oder des Ersten Stadtrats wird zügig nachbesetzt. Bündnis 90/Die Grünen haben das Vorschlagsrecht. Die Koalitionäre sichern die Unterstützung zu.

Anträge, Anfragen oder Verfahrens-, Sach- und Personalfragen werden vorab zwischen den Koalitionspartnern abgestimmt. Sollte zu einem Beratungsgegenstand kein Einvernehmen erzielt werden, erfolgt eine Klärung im Koalitionsausschuss.

Der Haushaltsplan wird von beiden Koalitionspartnern gemeinsam getragen. Anträgen Dritter wird grundsätzlich nur zugestimmt, wenn zuvor innerhalb der Koalition Einvernehmen hergestellt wurde.

Die Koalitionspartner streben ein geschlossenes Auftreten an. Dies beinhaltet auch öffentliche Auftritte und Pressemitteilungen.

Schwalbach am Taunus, 21.08.2026

Katrin Behrens
Fraktionsvorsitzende
CDU Schwalbach

Thomas Nordmeyer
Fraktionsvorsitzender
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schwalbach

Axel Fink
Vorsitzender
CDU Schwalbach

Marion Downing & Arnold Bernhardt
Co-Vorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schwalbach

Thomas Milkowitsch
Bürgermeister

Katja Lindenau
Stadträtin